

Protokoll der 50. Gemeindeversammlung

Datum: 12. Juni 2023
 Zeit: 19.30 Uhr
 Ort: Saal des Gemeindehauses Schlatt

Anwesend:	Vorsitz Gemeinderäte	Marianna Frei Reto Vetter Dominique Bossert Heinz Mathys Roman Rothacher	Gemeindepräsidentin Vize-Gemeindepräsident
	Protokoll	Geraldine Strehler	Gemeindeschreiberin
	stimmberechtigt	84 Personen	
	ohne Stimmrecht	Thomas Güntert Nataliia Sorokopud Sarah Appiah Philipp Elksnat Geraldine Strehler	Pressevertreter Bürgerrechtsgesuch Bürgerrechtsgesuch Bürgerrechtsgesuch Gemeindeschreiberin

Traktanden

1. **Wahl von zwei Stimmenzählern**
 2. **Protokoll der 49. Gemeindeversammlung vom 17. April 2023
ausserordentliche Gemeindeversammlung**
 3. **Jahresrechnung 2022 der Politischen Gemeinde
inkl. Gewinnverbuchung**
 4. **Kreditbegehren
Einführung Tempo-30-Zonen im Gemeindegebiet** **CHF 85'000.00**
 5. **Bürgerrechtsgesuche**
 - 5.1 **Sorokopud Nataliia, Polina, Arina und Nathan**
 - 5.2 **Appiah Sarah, Elksnat Philipp, Zoey und Wesley**
 6. **Verschiedenes und Umfrage**
-

Marianna Frei begrüsst die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur Versammlung. Speziell begrüsst sie den Pressevertreter Thomas Güntert sowie Nataliia Sorokopud, Sarah Appiah und Philipp Elksnat, deren Bürgerrechtsgesuche unter Traktandum 5 behandelt werden. Die genannten Personen sowie die Gemeindeschreiberin Geraldine Strehler sind nicht stimmberechtigt. Marianna Frei erkundigt sich, ob Einwände gegen das Stimmrecht von anwesenden Personen vorliegen – dies ist nicht der Fall.

Die Botschaft wurde fristgerecht verteilt. Marianna Frei stellt die Botschaft und Traktandenliste zur Diskussion. Es gibt diesbezüglich kein Votum aus der Versammlung.

1. Wahl von 2 Stimmenzählern

Daniela Rutz und Nadia Doll (als gewählte Stimmenzähler) haben die Eingangskontrolle durchgeführt – da die Beiden gewählte Mitglieder des Wahlbüros sind, ist eine Wahl nicht nötig. Marianna Frei fragt, ob noch weitere Personen als Stimmenzähler vorgeschlagen werden. Dies ist nicht der Fall. Die Gemeindepräsidentin dankt den beiden Personen, dass sie sich an der heutigen Budgetgemeinde als Stimmenzählerinnen zur Verfügung stellen.

Es sind 84 stimmberechtigte Personen im Saal anwesend.

2. Protokoll der 49. Gemeindeversammlung vom 17. April 2023

Das Protokoll ist in der Botschaft abgedruckt und wurde zusätzlich vom 27. April bis 19. Mai 2023 auf der Homepage öffentlich bekannt gemacht. Während der öffentlichen Bekanntmachung wurde zum Protokoll keine Änderungsbegehren angebracht.

Marianna Frei stellt das Protokoll zur Diskussion.

Jakob Möckli merkt an, dass seine Frage, wer denn Teil der Baukommission werde, nicht im Protokoll aufgenommen wurde.

Marianna Frei hält fest, dass die Wortmeldung im Protokoll ergänzt werde. *

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen und Marianna Frei lässt über das Protokoll abstimmen:

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

**Im Nachgang der Versammlung wurde festgestellt, dass der Votant an der Versammlung vom 17. April 2023 nicht teilgenommen hat, weswegen keine Änderung am Protokoll erfolgt.*

3. Jahresrechnung 2022 der Politischen Gemeinde inkl. Gewinnverbuchung

Marianna Frei teilt mit, dass die Rechnung 2022, entgegen dem budgetierten Verlust von CHF 8'600.00, mit einem Ertragsüberschuss von CHF 92'496.25 abschliesst. Marianna Frei erteilt Dominique Bossert zur Erläuterungen der Jahresrechnung das Wort.

Das letzte Finanzjahr hat mit einem Ertragsüberschuss von CHF 92'496.25 abgeschlossen. Ein Säulendiagramm, welches auf der Aufwandsbasis der funktionalen Gliederung erstellt wurde, zeigt ideal vorhandene Grössenverhältnisse und Unterschiede auf, zwischen dem Budget und der Rechnung 2022.

Dominique Bossert erläutert einige Abweichungen zwischen Budget und Rechnung 2023, welche ebenfalls in der Botschaft ersichtlich sind. Anhand von verschiedenen Diagrammen wird die Jahresrechnung sowie der Vergleich zum Budget veranschaulicht.

Zu den Finanzkennzahlen, bzw. deren Richtwerte, erläutert Dominique Bossert, dass diese mit dem Jahresabschluss 2022 alle eingehalten sind. Insbesondere der Selbstfinanzierungsgrad ist sehr positiv – Dominique Bossert verweist jedoch darauf, dass diese Kennzahl sehr starken Schwankungen unterlegen ist und daher stets mittelfristig zu betrachten ist.

Dominique Bossert erkundigt sich nach Fragen zur Jahresrechnung. Es werden keine Fragen gestellt. Sie gibt das Wort an Marianna Frei zurück.

Marianna Frei lässt über die Jahresrechnung 2022 inkl. der Gewinnverteilung abstimmen:

Die Jahresrechnung 2022 inkl. der Gewinnverteilung (Einlage in das Eigenkapital) wird einstimmig genehmigt.

4. Kreditbegehren Einführung Tempo-30-Zonen im Gemeindegebiet **CHF 85'000.00**

Marianna Frei erteilt Reto Vetter zur Erläuterung des Kreditbegehrens das Wort.

Reto Vetter erläutert, dass das Projekt an der Orientierungsveranstaltung vom 13. März 2023 vorgestellt wurde. An der anschliessenden Meinungsbefragung hat sich eine Mehrheit der damals Anwesenden für die Weiterverfolgung und damit Einführung der Tempo-30-Zonen im Gemeindegebiet ausgesprochen – daher unterbreitet der Gemeinderat das vorliegende Kreditbegehren.

Das Kreditbegehren beinhaltet vordergründig die Kosten für das mit der Einführung benötigte Signalisationsmaterial (Eingangstore, Bodenmarkierungen, Beschilderung). Kosten für bauliche Massnahmen wurden bisher nicht kalkuliert, da gemäss Planer keine baulichen Massnahmen nötig sein sollten.

Reto Vetter hält fest, dass, nur weil dem Kreditbegehren zugestimmt wird, dies nicht zwangsläufig bedeutet, dass alle geplanten Zonen eingeführt werden. Die Gemeinde würde nach Genehmigung des Kreditbegehrens dem Kanton (als Bewilligungsinstanz) für jedes Gebiet separate Gesuche um Einführung der Tempo-30-Zonen einreichen. Zu jeder der Zonen wird der Kanton anschliessend ein Einwendeverfahren durchführen – dies gibt jedermann die Gelegenheit, sich zum Vorhaben zu äussern. Der Kanton hat schlussendlich unter Berücksichtigung allfälliger Einwendungen über die Einführung zu entscheiden.

Reto Vetter eröffnet die Diskussion.

Christian Dietschi hält fest, dass in der Kostenaufstellung als Zone 7 *Neuparadies* festgehalten ist, in den Plänen ist jedoch das *Altparadies* aufgeführt.

Reto Vetter erläutert, dass es sich dabei um das Gebiet Petribach handelt.

Adelheid Baumann fragt nach, wieso das *Altparadies* nicht im vorliegenden Kreditbegehren enthalten ist. Das Gesuch für das *Altparadies* wurde bereits eingereicht, dies sogar vor der Orientierungsveranstaltung vom März 2023. Es könne nicht angehen, dass das *Altparadies* separat behandelt werde.

Reto Vetter hält fest, dass das *Altparadies* vom Gemeinderat vorgezogen wurde, da dort eine gewisse Dringlichkeit besteht.

Marianna Frei ergänzt, dass im *Altparadies* eine andere Situation herrsche – gerade im Sommer ist im Bereich um das Kloster viel los. Seitens einiger Anwohner wurde dem Gemeinderat vorgeworfen, dass nichts unternommen werde – man wollte das Gesuch daher möglichst rasch einreichen.

Adelheid Baumann gibt zu bedenken, dass es mit einer Tempo-30-Zone im *Altparadies* nicht getan sei.

Otto Schmid fragt nach, ob auch Signalisationstafeln in der Strasse gestellt werden.

Reto Vetter erklärt, dass mind. die Eingangstore im Strassenbereich gestellt werden, so wie dies aus Tempo-30-Zonen bekannt ist.

Otto Schmid kann die Notwendigkeit von Tempo-30-Zonen in jenen Quartieren wo ohnehin wenig Verkehr oder teils sogar Fahrverbote herrschen nicht nachvollziehen.

Marianna Frei hält fest, dass es sich aktuell lediglich um Entwürfe handelt und die genauen Zonen und Beschilderung vor Einreichung der Gesuche zu definieren wären.

Regina Möckli Santacatterina findet, dass der Verkehr, dort wo gelebt werde, beruhigt werden müsse. Über das Kreditbegehren müsse gar nicht diskutiert werden, es sei klar, dass die Umsetzung nötig sei.

Roland Räss wohnt ca. 25 Jahren in Schlatt – damals hätte er zu einem solchen Vorhaben nie Ja gesagt. Die Situation habe sich aber verändert. Es gibt mehr Verkehr und die Bevölkerungsdichte habe zugenommen. Die Umsetzung der Tempo-30-Zonen ist notwendig.

Otto Schmid erkundigt sich, ob mit der Tempo-30-Zone die Schwellen am Schmittweg entfernt würden?

Reto Vetter erklärt, dass dies nicht beabsichtigt sei. Die Schwellen würden dazu beitragen, dass das V85 unter jener Limite liege, bei welcher bauliche Massnahmen nötig wären.

Kurt Engel hält fest, dass das Projekt auch weitergehende Konsequenzen hat. Wenn jetzt A gesagt würde, müsse dann auch B gesagt werden – wenn die Tempo-30-Zonen eingeführt werden, müssen Kontrollen durchgeführt werden und wenn die Werte zu hoch sind, müssen bauliche Massnahmen umgesetzt werden. Die Zonen würden ausserdem grösstenteils nicht den Durchgangsverkehr betreffen, sondern den Quartierverkehr (Anwohner).

Roland Räss fragt nach, ab wann bauliche Massnahmen nötig sind.

Reto Vetter erklärt das V85. Es handelt sich dabei um jene Geschwindigkeit, die von 85% der erfassten Fahrzeuge nicht überschritten wird. Sie zeichnet damit das vorherrschende Geschwindigkeitsniveau auf. Liegt das V85 in Tempo-30-Zonen über 38km/h müssen bauliche Massnahmen ergriffen werden, sodass der Wert tiefer wird.

Walter Monhart stört sich am daraus entstehenden "Täfel-Wald" – das sei doch nicht nötig. An anderen Orten würden komische Geschwindigkeitsbegrenzungen herrschen (z.B. Mattenhof nach Fallentor), solche Situationen seien auch zu bedenken.

Daniel Roost hält fest, dass auch der Winterdienst zu berücksichtigen sei, dieser hätte dann einige Hindernisse.

Reto Vetter führt aus, dass der Winterdienst damit bereits in der Dorfstrasse Erfahrungen sammeln konnte, im Weiteren sei es an anderen Orten ja auch möglich.

Kurt Studer findet, dass gemäss den Messungen ja vernünftig gefahren werde und daher Tempo-30-Zonen gar nicht notwendig seien. An der Dorfstrasse sei die Notwendigkeit mit dem Durchgangsverkehr nachvollziehbar, aber in den Quartierstrassen nicht.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen und Marianna Frei lässt über das Kreditbegehren abstimmen:

Das Kreditbegehren für die Einführung von Tempo-30-Zonen im Gemeindegebiet über CHF 85'000.00 wird mit 44-Ja zu 39-Nein Stimmen genehmigt.

5. Bürgerrechtsgesuch

Marianna Frei erläutert, dass die Gesuchsteller anwesend sind, wobei auf die Anwesenheit der von den Gesuchen ebenfalls betroffenen Kindern verzichtet wurde.

Die Gesuchsteller werden sich der Versammlung vorstellen und die anwesenden Stimmbürger können ihnen Fragen stellen. Für die Diskussion und Abstimmung werden die Gesuchsteller den Saal verlassen.

Marianna Frei verweist auf die gesetzlichen Bestimmungen und den Verfahrensablauf. Die Einbürgerung eines Ausländers oder Ausländerin richtet sich nach dem Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht. Die Einbürgerung einer Ausländerin oder eines Ausländers setzt voraus, dass sie Kenntnis über die örtlichen, kantonalen und schweizerischen Verhältnisse haben, keine Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz darstellen und geordnete persönliche und finanzielle Verhältnisse aufweisen. Die Ablehnung eines Einbürgerungsgesuches ist zu begründen. Soll heissen, ein Einbürgerungsgesuch kann nur abgelehnt werden, wenn ein entsprechender Antrag gestellt und in der Folge dafür Gründe vorgebracht werden. Da die Gemeindeordnung (Art. 10) vorsieht, dass die Gemeindeversammlung für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts zuständig ist, gilt als begründeter Antrag auch ein vor der Versammlung unbegründeter Antrag, wenn in der Versammlung über das Einbürgerungsgesuch eine Diskussion geführt wird und die Ablehnungsgründe daraus hervorgehen und protokolliert werden. Es ist vor der Versammlung kein Antrag zu diesen Traktanden eingegangen.

5.1 Sorokopud Nataliia, Sorokopud Polina, Sorokopud Arina und Sorokopud Nathan

Marianna Frei erteilt Nataliia Sorokopud das Wort.

Nataliia Sorokopud stellt sich sowie ihre drei Kinder den anwesenden Stimmbürgern vor und erläutert die Gründe ihres Einbürgerungswunsches. Es werden ihr aus der Versammlung keine Fragen gestellt.

Frau Sorokopud verlässt den Saal.

Marianna Frei erklärt, dass der Gemeinderat mit Frau Sorokopud und ihren Kindern ein Erhebungsgespräch geführt und die Voraussetzungen, welche für die Beurteilung der Einbürgerung notwendig sind, geprüft hat. Auch musste Frau Sorokopud einen schriftlichen Test absolvieren, welchen sie mit Bravour bestanden hat. Zudem liegen keine Negativentscheide vor, welche eine Einbürgerung in Frage stellen könnten.

Marianna Frei eröffnet die Diskussion.

Jakob Möckli fragt nach dem Ehemann, bzw. Kinsvater.

Marianna Frei erläutert, dass dieser ebenfalls in Schlatt wohnhaft ist, aktuell aber noch nicht über die erforderlichen Sprachkenntnisse verfügt. Er beabsichtigt jedoch ebenfalls ein Einbürgerungsgesuch zu stellen, sobald die geforderten die Sprachkenntnisse vorhanden sind.

Er erfolgen keine weiteren Wortmeldungen und Marianna Frei lässt über das Bürgerrechtsgesuch abstimmen:

Das Gesuch um Erteilung des Gemeindebürgerrechts an Sorokopud Nataliia, Sorokopud Polina, Sorokopud Arina und Sorokopud Nathan wird einstimmig gutgeheissen.

5.2 Appiah Sarah, Elksnat Philipp, Elksnat Zoey und Elksnat Wesley

Marianna Frei erteilt Sarah Appiah und Philipp Elksnat das Wort.

Sarah Appiah und Philipp Elksnat stellen sich sowie ihre zwei Kinder den anwesenden Stimmbürgern vor und erläutern die Gründe ihres Einbürgerungswunsches. Es werden ihnen aus der Versammlung keine Fragen gestellt.

Frau Appiah und Herr Elksnat verlassen den Saal.

Marianna Frei erklärt, dass der Gemeinderat mit Frau Appiah und Herr Elksnat sowie den Kindern ein Erhebungsgespräch geführt und die Voraussetzungen, welche für die Beurteilung der Einbürgerung notwendig sind, geprüft hat. Auch mussten Frau Appiah und Herr Elksnat einen schriftlichen Test absolvieren, welchen beide mit Bravour bestanden haben. Zudem liegen keine Negativentscheide vor, welche eine Einbürgerung in Frage stellen könnten.

Marianna Frei eröffnet die Diskussion, welche nicht genutzt wird und lässt über das Bürgerrechtsgesuch abstimmen.

Das Gesuch um Erteilung des Gemeindebürgerrechts an Appiah Sarah, Elksnat Philipp, Elksnat Zoey und Elksnat Wesley wird einstimmig gutgeheissen.

Frau Sorokopud, Frau Appiah und Herr Elksnat betreten den Saal und die Versammlung gratuliert unter Applaus zur Erlangung des Gemeindebürgerrechts.

6. Verschiedenes und Umfrage

Marianna Frei verweist auf die bevorstehende Ersatzwahl für ein Mitglied des Gemeinderates am 18. Juni 2023. Nachdem während der ordentlichen Frist keine offiziellen Kandidaturen bekannt gegeben wurden, hat sich zwischenzeitlich ein Kandidat gemeldet und bekannt gegeben, dass er sich für das Amt zur Wahl stellt – es ist dies Herr Pascal Rutz. Herr Rutz ist heute anwesend und stellt sich den Stimmbürgern gerne kurz persönlich vor.

Pascal Rutz stellt seine Person sowie seine Motivation für die Kandidatur den anwesenden Stimmbürgern vor.

Veronika Herrmann findet es schön, dass sich eine so junge Person zur Wahl stellt. Was beabsichtigt Pascal Rutz, sollte ihm nicht das Ressort Bau zugewiesen werden?

Marianna Frei erklärt, dass sich der Gemeinderat vor dem 1. Juni (Beginn Legislaturperiode) konstituierte und danach nur das Ressort Bau zur Verfügung stand.

Kurt Studer bemerkt, dass im Flyer von Pascal Rutz aufgeführt war, dass er die Gemeinde weiterentwickeln und verbessern will – gibt es dafür konkrete Beispiele?

Pascal Rutz führt als Beispiele Potenzial bei den Abläufen und der Digitalisierung an.

Kurt Studer fragt nach, wo sich Pascal Rutz politisch positioniert.

Pascal Rutz teilt mit, dass er keiner Partei angehört und politisch neutral ist.

Adelheid Baumann erkundigt sich nach allfälligen Interessenkonflikten, welche entstehen könnten, weil Pascal Rutz bei der +GF+ arbeitet, welche aktuell ein grösseres Bauprojekt plant und gleichzeitig das Ressort Bau führen würde.

Marianna Frei hält fest, dass das Gesetz die Ausstands Regelung klar definiert.

Pascal Rutz teilt ausserdem mit, dass die +GF+ eine grosse Firma ist und er in einer Division tätig ist, welche nichts mit dem Standort Schlatt zu tun hat.

Jakob Möckli findet es wichtig, dass das Dossier der +GF+ nicht von Pascal Rutz geführt werden muss.

Roland Räss findet es toll, dass sich eine so junge Person zur Wahl stellt. Man könne nicht immer nur über die Jungen klagen und ihnen dann keine Chance geben.

Es folgen keine weiteren Fragen und Marianna Frei verweist auf die bevorstehende Bundesfeier (31.07.2023) sowie die nächste Gemeindeversammlung (11.12.2023). Schliesslich öffnet sie die Runde für Fragen und Anregungen aus der Versammlung.

Daniel Roost fragt nach, wieso die Gemeindeversammlung – bereits zu zweiten Mal – gleichzeitig mit einer Feuerwehrübung stattfindet.

Marianna Frei gibt an, dass dahinter sicher keine Absicht steckt.

Roman Rothacher bedankt sich für den Input. Mit den gesetzlichen Änderungen hat die Feuerwehr um einiges mehr Übungen durchzuführen, dabei muss jeweils auf sehr viele Termine geachtet werden. Die Termine der Gemeindeversammlung werden jedoch nächstes Jahr sicher in die Planung miteinbezogen.

Adelheid Baumann verweist auf das Editorial in der Botschaft, wonach Begehren und Anfragen aus der Bevölkerung immer mehr zunehmen und teils zeitintensiv bearbeitet werden müssen. Hat sich der Gemeinderat bereits Gedanken gemacht, wie es weitergehen soll?

Marianna Frei bestätigt, dass das Amt immer zeitintensiver wird, besonders, wenn es lediglich im Nebenamt geführt wird. Dies gehört jedoch dazu und ist Teil der Aufgabe. Der Gemeinderat hat sich noch nicht im Detail damit beschäftigt.

Regina Möckli Santacatterina fragt nach, wieso die Versammlung um 19.30 Uhr begonnen hat und nicht wie früher um 20.00 Uhr.

Marianna Frei teilt mit, dass die Versammlung im Winter um 19.00 Uhr beginnt und im Sommer neu (bereits seit 2021) um 19.30 Uhr beginnt.

Ulrich Ammann teilt Reto Vetter mit, dass er bei den letzten heftigeren Regenfällen Holz aus dem Teligraben im Feld hatte. Frau Nägeli hatte es im Haus. Er erwartet, dass das weggeräumt werde.

Reto Vetter teilt mit, dass er eigenhändig kontrolliert hat, dass das gesamte Schnittgut entfernt wurde.

Roland Räss teilt mit, dass er letztes Jahr eine neue Heizung montiert hat und den Winter über wenig Strom gebraucht hat – trotzdem kam eine sehr hohe Stromrechnung. Wie lange bleibt der Tarif noch so hoch?

Heinz Mathys erklärt, dass die Strompreise für das Jahr 2023 im August kommuniziert wurden. Auch in den Schlatter Informationen wurde mehrmals auf die gestiegenen Tarife hingewiesen. Voraussichtlich werden die Tarife für die (reine) Energie für das Jahr 2024 sinken, hingegen werden die Tarife für die Netznutzung steigen – wobei diese Tarife vorgegeben werden und die Gemeinde darauf keinen Einfluss hat. Der Tarif für das Jahr 2024 wird wiederum Ende August 2023 für das kommende Jahr publiziert.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen und Marianna Frei erkundigt sich, ob es Einwände gegen die Führung der Versammlung gibt.

Kurt Studer bemängelt, dass die Gemeindeversammlung gleichzeitig mit der Feuerwehr stattfand. Das Ergebnis der Abstimmung über Traktandum 4 fiel äusserst knapp aus. Es könne nicht sein, dass die Feuerwehrmitglieder nicht an der Versammlung teilnehmen können.

Kurt Studer möchte wissen, wie er dagegen vorgehen kann.

Marianna Frei wird Kurt Studer über das Vorgehen für eine Beschwerde informieren und dies entsprechend auch auf der Homepage publizieren.

Nachtrag: das Rechtsmittel gegen Beschlüsse der Gemeindeversammlung richtet sich nach dem Gesetz über das Stimm- und Wahlrecht. Eine entsprechende Erläuterung wurde auf der Homepage publiziert. Es ergingen innert Frist keine Rekurse ein.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen und die Versammlung wird geschlossen.

Schluss der Versammlung 20:51 Uhr.

Schlatt TG, 11. Dezember 2023

Die Gemeindepräsidentin

Die Gemeindeschreiberin

Marianna Frei

Geraldine Strehler
